

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrikauer Straße 109
Telephon 136-90 — Postfach-Nr. 63-508

Volksstimme
Bielig-Biala u. Umgebung

Katowice, Mlekińska 35; Bielig, Republikanska 4, Tel. 1294

Zunehmende Spannung in Oesterreich.

Dualismus zwischen Heimwehr und Vaterländischer Front.

Wien, 26. Mai. Am vergangenen Sonntag kam in Mittenbrunn im südlichen Niederösterreich anlässlich der Kundgebung der Vaterländischen Front zu Zusammenstößen zwischen Anhängern der Vaterländischen Front und uniformierten Heimatschutzleuten, welche letztere immer wieder in Mißfallensäußerungen hauptsächlich gegen Bundeskanzler Schuschnigg ausbrachen. In Gosau (Oberösterreich) mußte sogar eine Vaterländische Frontversammlung von der Gendarmerie aufgelöst werden, weil nach der Rube eines dem Heimatschutz nahestehenden Forstmeisters die Versammlung in Aufruhr gegen die Regierung ausbrach. In Borarlberg hat der Landesleiter der Heimatschutz, Ulmer, einen Aufruf erlassen, in dem er erklärt, daß der Heimatschutz sich niemals entwaffnen ließe und daß er keine Patronen und keine Gewehre und keine Maschinengewehre hergeben würde. Der Heimatschutz würde geschlossen in die Frontlinie eintreten und dort weiter für die Ideale kämpfen: die Schaffung eines Heimatschutz-Oesterreichs.

Wien, 27. Mai. Nach einem amtlich verlautbarten Aufruf des Vizekanzlers Bar-Barenfeld erscheint nunmehr die Mitteilung der Pressestelle des Heimatschutzes über die Führerversammlung des Heimatschutzes am 26. d. Mts., die unter Vorsitz Starhembergs in Wien stattfand. Die Mitteilung erscheint geeignet, das ohnedies schon unklare Bild der innerpolitischen Lage Oesterreichs noch mehr zu verunsichern. Die Mitteilung nimmt mit keinem Worte Kenntnis von der Schaffung der Frontmiliz und von dem Aufruf des Vizekanzlers Bar-Barenfeld an die Mitglieder der freiwilligen Wehrformationen. Das Kommuniqué erwähnt überhaupt die Vaterländische Front nicht, sondern spricht von einer Umorganisation des Heimatschutzes in anderer Weise, welche die grundsätzlichen Erklärungen des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg zu dem neuen Gesetz über die Vaterländische Front einfach übergeht. Eine neue Staatsleitung wird in Linz gebildet. Der Schwerpunkt

des Heimatschutzes soll offenbar wieder in die Provinz verlegt werden, wie dies seinerzeit schon einmal der Fall war. Nur der Sitz des Landesführers selbst könnte in Wien verbleiben. Zum Chef der Staatsleitung wird der als scharfer Vorkämpfer des faschistischen Gedankens, Landesleiter des Heimatschutzes von Oberösterreich Weninger, ernannt.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hat für kommenden Donnerstag alle Führer der Vaterländischen Front zu einer Konferenz der Landesleiter nach Wien berufen. Der Bundeskanzler wird bei dieser Gelegenheit den Funktionären der Vaterländischen Front Direktiven für die Zukunft geben.

Die illegale Hatentzwei-Arbeit.

Wien, 26. Mai. Entgegen reichsdeutschen Rundfunkmeldungen, wonach der Ueberfall auf Schloß Wartenberg von meuternden Heimwehrleuten durchgeführt worden sei, die mit der Politik des Fürsten Starhemberg unzufrieden sind, wird von amtlicher Seite festgestellt, daß der Anschlag ausschließlich von Nationalsozialisten verübt wurde, u. zw. von Mitgliedern der illegalen SA-Abteilung der Ortschaft Oberneukirchen.

Diese illegale SA-Formation war als zweiter Zug der Ortsfeuerwehr getarnt und veranstaltete als solcher wöchentlich Militärbungen in den umliegenden Wäldern. Im Zusammenhang mit dem Ueberfall auf das Schloß wurden in den Ortschaften Oberneukirchen und St. Veit 26 Verhaftungen vorgenommen. Unter den Festgenommenen befinden sich die Kommandanten der Ortsfeuerwehr, der Ortslehrer, sowie der Gemeindefeldarzt von St. Veit. Der Führer der SA-Standardie von Oberneukirchen, die den Ueberfall durchführte, Halmbienst, ist flüchtig. Die Gendarmerie glaubt, daß es ihr auf Grund der durchgeführten Verhaftungen gelingen wird, die ganze Organisation der Müllviertler SA aufzudecken.

Deutschlands Wirtschaftspolitik.

Der englische „Manchester Guardian“ veröffentlicht eine aufsehenerregende Artikelserie über die finanzielle Lage des Deutschen Reiches. Deutschland sei in einen Zustand wirtschaftlicher und finanzieller Stockungen geraten. Wenn der Kreditausweitung nicht Einhalt geboten und keine deflationistische Sparpolitik eingeleitet werde, sei die Abwertung unvermeidlich. Eine Drosselung der Kreditausweitung sei jedoch wenig wahrscheinlich, da diese einen Schlag gegen die industrielle Tätigkeit bedeuten und ein Steigen der Arbeitslosigkeit mit sich bringen würde.

Das Budget des Reiches sei durch die Aufrüstungsausgaben und durch die Kosten für einen ungeheuren bürokratischen Apparat aufgeschwollen, da der nationalsozialistische Parteiapparat in vielen Fällen eine Verdoppelung des behördlichen Apparates darstelle. Es gebe z. B. 2 Polizeiorganisationen, 2 Außenministerien, zwei Justizministerien; die Ausgaben des Reichspropagandaministeriums haben sogar Kritik durch Dr. Schacht hervorgerufen. Die Einzelheiten des deutschen Budgets seien im Laufe der letzten drei Jahre geheim gehalten worden.

Nach Ansicht einer deutschen Autorität für Finanzfragen betragen die jährlichen Ausgaben für militärische Zwecke (wie schon in Kürze von uns mitgeteilt wurde. Die Red.) wenigstens 3 und wahrscheinlich 4 Milliarden Reichsmark. Die kurzfristige Verschuldung des Reiches sei vor einem Jahre von Sachkennern auf 15—17 Milliarden Reichsmark geschätzt worden. Jetzt dürfte diese Verschuldung, die nicht nur für Aufrüstungszwecke sondern auch für Arbeitsbeschaffungszwecke verwendet worden sei, etwa 18—20 Milliarden betragen, so daß die Amortisierung dieser Schuld jährlich einen Aufwand von 1 Milliarde vom Reich erfordere. Rechnet man dazu noch die Schulden der Gemeinden, so betrage die gesamte öffentliche Verschuldung Deutschlands 40 bis 45 Milliarden, deren Amortisierung die Aufbringung von 2¼ Milliarden Reichsmark jährlich erforderlich macht.

Die industrielle Belegung in Deutschland sei fast gänzlich auf Rüstungen und öffentliche Arbeiten zurückzuführen. Die 17 Millionen zählende Arbeiterbevölkerung habe trotz dieser Belegung nicht mehr an Kleidung und Lebensmitteln als früher. Die Belegung sei allein auf Produktionsgüter beschränkt. (Unter die Rubrik Produktionsgüter fällt auch das Rüstungsmaterial. Die Red.) Während die Erzeugung von Produktionsgütern 1934/35 um etwa 40 Prozent gestiegen ist, sei die Erzeugung von Verbrauchsgütern um 4 Prozent gesunken.

Die Löhne sind in Deutschland sehr niedrig, was die radikalen Teile der Nationalsozialistischen Partei mit Sorge erfüllt. Ueber 55 Prozent der deutschen Arbeiter verdienen nach offiziellen Angaben weniger als 24 Mark pro Woche und nur 23 Prozent der deutschen Arbeiter mehr als 36 Mark pro Woche. Verantwortliche Wirtschaftsführer seien sich des künstlichen Charakters der industriellen Belegung bewußt. Es werde angenommen, daß schon 1934 70 Prozent aller industriellen Aufträge direkt oder indirekt vom Staate ausgegangen seien, und daß im Laufe des letzten Jahres dieser Anteil infolge der steigenden Aufrüstung noch gestiegen sei. Diese Abhängigkeit vom Staate werde sehr ernst bewertet, denn man sei sich klar, daß die Hilfsmittel des Staates zu Ende gehen.

Die wirklichen Ausmaße der bürokratischen Regelung, der das wirtschaftliche Leben in Deutschland unterworfen sei, seien im Auslande kaum bekannt. Der ganze Apparat, dem die Wirtschaft unterworfen sei, sei direkt ein Ausrüstungsstück des Bürokratismus des 18. Jahrhunderts, das man ins 20. Jahrhundert übertragen habe. Der Staat erteile Aufträge, rationiere Rohstoffe und bestimme die Kanäle, für den Kapitalverkehr. Die Reglementierung sei in alle Gebiete des Wirtschaftslebens eingedrungen. In leitenden Wirtschaftskreisen herrsche die Ansicht, daß die erste Vorbedingung für die Abschaffung dieser Reglementierung eine Abwertung sei, die die deutsche Konkurrenz

Außenminister Bed nach Belgrad abgereist.

Außenminister Josef Bed ist gestern früh von Warschau zu einem offiziellen Besuch nach Belgrad abgereist. Minister Bed wird in der jugoslawischen Hauptstadt Mittwoch früh eintreffen.

Prozesse gegen nationale Terroristen.

Nachdem, wie berichtet, vorgestern in Kalisch ein Prozeß gegen 53 Mitglieder der Nationalen Partei wegen schwerer Ausschreitungen gegen jüdische Händler und Angreifen auf die Polizei in Zagorow begann, fand nun gestern in Tschestochau ein weiterer Prozeß gegen 14 Mitglieder der Nationalen Partei wegen ähnlicher Ausschreitungen in Krzepice statt. Die Angeklagten wurden in diesem Prozeß zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt, wobei ihnen mit Ausnahme des Anführers für die Strafe Bewährungsfrist zugestanden wurde.

Im Kalischer Prozeß wurde gestern mit dem Zeugenverhör begonnen. Es sagten 30 Zeugen aus, die die Angeklagten schwer belasteten. Das Urteil in diesem Prozeß wird am Sonnabend erwartet.

Eine Stadt zum zweitenmal vom Brande zerstört.

Gestern nacht brach in der Stadt Niemirow bei Demberg ein Großfeuer aus, das die ganze Stadtmitte erfaßte. Die Stadt wurde erst vor zwei Jahren fast vollkommen zerstört. Diesmal brannten 26 Gebäude, darunter der Magistrat, der ganze Markt und die Schule nieder.

Polnisch-Danziger Verhandlungen.

Warschau, 26. Mai. Gestern begannen in Warschau Verhandlungen zwischen Vertretern Polens und der Freien Stadt Danzig, um die Schwierigkeiten, die im Danzig-polnischen Warenaustausch durch die polnischen Devisenbeschränkungen entstanden sind, zu beheben.

Wahlen in der Stadt Memel.

Memel, 26. Mai. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Wahlen zur Memeler Stadtverordnetenversammlung haben von 27 225 Wahlberechtigten 23 515 ihre Stimme abgegeben, was einer Wahlbeteiligung von 86,3 Prozent entspricht. Davon waren 180 Stimmen ungültig. Die deutsche Einheitsliste erhielt 14 604 Stimmen, die vier litauischen Listen erhielten zusammen 6590 Stimmen, die restlichen Stimmen entfielen auf die Splitterlisten. Danach entfielen auf die deutsche Liste 25 Sitze, auf die vier litauischen Listen 11 Sitze und auf die drei Splitterparteien 3 Sitze. Ein weiteres Mandat ist noch unstritten.

Italien und die Londoner Reise des Regus

Rom, 26. Mai. In italienischen politischen Kreisen wird zu der Londoner Reise des Kaisers von Aethiopien erklärt, der flüchtige Regus könne nur noch als Privatperson betrachtet werden und als solcher selbstverständlich kein Reiseziel nach Belgien wählen. Unverkennbar schlechten Eindruck hat aber in Italien der Umstand hervorgerufen, daß ein zweitesmal ein britisches Kriegsschiff dem Regus, wenn auch nur bis Gibraltar, zur Verfügung gestellt worden ist.

fähigkeit wiederherstellen und eine Entlastung der Verschuldung bringen würde. Der „Neue Plan“ Schacht sei nicht imstande, Deutschland mit genügenden Rohstoffen und Lebensmitteln zu versorgen. Außerdem sei der Preis, den Deutschland dafür zahle, viel zu hoch. 1935 habe Deutschland einen nominellen Anfuhrüberschuß von 111 Millionen Reichsmark erreicht, die Industrie habe dafür an Exportabgabe 1 Milliarde Reichsmark bezahlen müssen. Kein Land könne auf die Dauer die Last einer solchen Finanzierung ertragen. Dr. Schacht (oder General Göring) werde früher oder später auf diesem Wege Halt machen müssen.

Diese aufschlußreiche Klarlegung der deutschen Wirtschaftssituation durch die führende englische Wirtschaftszeitung zeigt, wie abseits der nationalsozialistischen Propaganda die Lage in Deutschland wirklich zu beurteilen ist.

Der Aufbruch in Palästina.

Scharfe Maßnahmen gegen arabische Führer.

Jerusalem, 26. Mai. Bewaffnete Banden arabischer Terroristen tauchen überall im ganzen Lande und in den Bergen auf und eröffnen, sobald sie Polizei oder Militär erblicken, unverzüglich das Feuer. Sie haben nicht einmal vor Panzerautomobilen Furcht, vernichten das Getreide auf den Feldern, zerstören die Telefonleitungen und werfen mit ungewöhnlicher Kühnheit Bomben. Es ist daher sehr schwierig, über die einzelnen Vorfälle zu berichten. Die bewaffnete Macht hat ständig keine Gefechte mit den Aufständischen zu bestehen, doch können die Verluste der Angreifer nur schwer ermittelt werden, da die Araber ihre Toten und Verwundeten zu Bergen pflegen. Insbesondere in den Bezirken Nablus und Tulkaram sind Angriffe aus dem Hinterhalt an der Tagesordnung.

Wie die jüdische Telegraphenagentur mitteilt, wurden bei dem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Polizei in Nablus, bei welchem die verschanzten Demonstranten die Polizei mit einem Steinhagel überschütteten, worauf die Polizei mit einer Salve antwortete, zwei Araber erschossen und vier verwundet.

Der jüdische Nationalrat hat ein Zirkular veröffentlicht, in welchem er die friedlichen Absichten der Juden in Palästina hervorhebt, welche an der Rekonstruktion des Landes arbeiten. Er protestiert gegen die Massaker und spricht die Hoffnung aus, daß man zu einem Uebereinkommen mit den Arabern kommen werde.

Die Mandatsregierung geht gegenüber den Streikführern zu neuen und schärferen Maßnahmen über. Der bekannte Streikleiter Rechtsanwalt Sidly Bey Dajani wurde für ein Jahr nach einem kleinen Ort bei Hebron verbannt. Weiter wurden der Araberführer Saleh Abdo nach Khan Yunis in der Wüste und der Berichterstatter der Araberzeitung „Al Ahran“ nach Jericho verbannt. Das in dem gegenwärtigen Streik sehr aktive Mitglied der auf politischem Gebiete führenden Nashashibi-Familie, Fakri Nashashibi, wurde angewiesen, sich ein Jahr lang täglich dreimal bei der Jerusalemer Polizei zu melden. Die arabische Oberleitung ist zu Beratungen über die neue Lage zusammengetreten.

Eine weitere Leiche eines erschossenen Juden wurde heute vormittags in Jerusalem aufgefunden.

Jerusalem, 26. Mai. Das arabische Nationalkomitee hat heute einen neuen Aufruf veröffentlicht, in welchem die Bevölkerung aufgefordert wird, den Streik bis zur Erlangung der Unabhängigkeit Palästinas fortzusetzen.

Wegen der in Jerusalem herrschenden Unruhe werden sich die Juden während der bevorstehenden Feiertage nicht an der Klagemauer versammeln können.

Die nordischen Länder und der Völkerbund

Ein interparlamentarischer Kongreß in Kopenhagen.

In der dänischen Hauptstadt Kopenhagen fand ein Nordischer interparlamentarischer Kongreß statt, an dem etwa 60 Vertreter aus Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden teilnahmen. Nach Begrüßungsworten des Staatsministers Staining wurden die Verhandlungen durch einen Vortrag des dänischen Außenministers Munch über „Möglichkeiten einer Friedensarbeit durch den Völkerbund“ eingeleitet. Hinsichtlich der Zukunft des Völkerbundes erklärte der Redner, es könne vermuthlich eine bessere Verhandlungsform für Schlichtungskemahungen gefunden werden. Mehr könne aber wohl kaum erreicht werden, solange nicht eine Gesinnungsänderung eintrete, die es ermögliche, eine weitgehende Rüstungsbeschränkung durchzuführen. Die kleinen Staaten müßten die ihnen drohende Gefahr vermindern, indem sie geltend machten, daß auch für sie ein angemessenes Verhältnis zwischen Verpflichtung und Sicherheit bestehen müsse. Nach einem Hinweis darauf, daß die sieben „neutralen Staaten“, deren Außenminister sich vor der letzten Ratstagung in Genf zu Beratungen zusammengefunden hatten, entschlossen seien, im Völkerbunde zu bleiben, erklärte Dr. Munch, die Voraussetzung dafür sei, daß der Völkerbund nicht zum Instrument einer einzelnen Gruppe herabstiege und daß den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes nicht neue, mit unverhältnismäßigen Gefahren verbundene Verpflichtungen ohne gleichzeitige Steigerung der Sicherheit auferlegt würden.

Das Ergebnis der belgischen Senatswahl.

Die Sozialisten auch im Senat die stärkste Partei.

Brüssel, 26. Mai. Am Dienstag abend wurde das Ergebnis der Wahlen zum belgischen Senat bekanntgegeben, die am letzten Sonntag gleichzeitig mit den Kammerwahlen stattgefunden haben.

Danach haben die Sozialisten 39, die Katholische Partei 34, die Liberale Partei 11, die Regsbewegung 8, der Nationalflämische Block 5 und die Kommunisten 4 Sitze erhalten. Trotz des von den Kammerwahlen abweichenden Wahlverfahrens zeigen die Senatswahlen fast die gleichen Verschiebungen wie bei den Kammerwahlen. Die Katholische Partei hat 8 Mandate eingebüßt, die Sozialisten und Liberalen dagegen haben ihren Besitzstand gehalten. Der Nationalflämische Block hat 4, die Regsbewegung 8 und die Kommunisten, die bisher überhaupt nicht im Senat vertreten waren, 4 Senatsitze erobert.

Das Ergebnis dieser direkten Wahl läßt jedoch noch keine endgültigen Schlüsse über die Zusammensetzung des Senats zu. Nach der belgischen Verfassung setzt sich der Senat aus 101 Senatoren zusammen, die unmittelbar

gewählt werden, ferner aus 44 Senatoren, die mittelbar durch die Provinzialräte gewählt werden, und schließlich aus 22 weiteren Mitgliedern, die von der Versammlung der mittelbar und unmittelbar gewählten Senatoren kooptiert werden. Nachdem nunmehr das Ergebnis der direkten Wahl vorliegt, entscheiden über die weitere Zusammensetzung des Senats die in 14 Tagen stattfindenden Provinzialwahlen und die erste Vollversammlung des Senats nach der offiziellen Parlamentsöffnung im Juni, in der die 22 Kooptierungen vorgenommen werden.

Rücktritt des belgischen Kabinetts.

Brüssel, 26. Mai. Am Dienstag 17 Uhr trat der Ministerrat zu einer Sitzung zusammen, um zu der durch das Ergebnis der Neuwahlen geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Nach kurzer Beratung wurde beschlossen, dem König den Rücktritt des gesamten Kabinetts zu unterbreiten. Ministerpräsident Van Zeeland begab sich sofort zum König, um diesem den Bescheid mitzuteilen.

Die Ministerkandidaten der Volksfront.

Fachleute, Arbeiter, Gewerkschafter — — und eine Frau.

Paris, 28. Mai.

„Seit 1877“, sagte Georges Clemenceau einmal, „hat Frankreich immer dasselbe Ministerium: wie die Statisten auf einer Theaterbühne, so gehen und kommen dieselben alten Politiker wieder.“ Indessen wird in einigen Tagen Frankreich ein neues Ministerium haben, das wirklich zum erstenmal „neu“ ist: an Stelle der berühmten Advokaten, die bisher das Land regierten, tritt eine andere Mannschaft die politische Arena — es sind die Delegierten der sozialistischen Partei.

Diese kommenden Männer kann man in zwei große Gruppen teilen: es sind einmal die sozialistischen Fachmänner und Intellektuellen, und zweitens die Arbeiter.

Unter den ersteren nimmt Vincent Auriol, der zum Finanzminister ausersehen ist, den hervorragendsten Platz ein. Nach Leon Blum ist er der bekannteste Führer des französischen Sozialismus. Deputierter seit 1914, wurde er frühzeitig Spezialist in allen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen. Einige Zeit hindurch Präsident der Finanzkommission der Kammer. Auriol ist lange Zeit „Reformist“ gewesen; aber seit einiger Zeit scheinen sich seine Ideen etwas geändert zu haben: die Krise des Kapitalismus hat ihn gezwungen, einige Mutationen aufzugeben. Die Rettung der französischen Finanzen sieht er, und verheimlicht diesen Grundsatz keineswegs, weniger in der Devaluation, sondern in der allmählichen Durchführung sozialistischer Lösungen.

Ein nicht weniger bemerkenswerter Kopf ist Charles Spinasse. Als Sohn armer Bauern gelang es ihm, durch unerhörte Entbehrungen sein Diplom als Ingenieur zu erwerben. Er ging nach Amerika und war dort als einfacher Arbeiter bei Ford tätig. Nach Frankreich zurückgekehrt, veröffentlichte er sein erstes Buch über „Amerikanische Technik“. Stets lernbegierig hörte er die Vorlesungen Henri de Mans und Norman Angels. Dann wurde er sozialistischer Deputierter und begann, im Jahre 1926, die Wirtschaftstheorien der Comjunion scharf zu kritisieren. Die Russen und Kommunisten rebanchierten sich und nannten ihn damals einen „Sozialfaschisten“. „Der Sozialismus“, pflegte Spinasse zu sagen, „ist heutzutage keine Frage der Philosophie mehr, sondern der Technik“. Spinasse ist also Anhänger der Planwirtschaft, und falls er, wie zu erwarten ist, ins Kabinett Blum eintritt, wird er zweifellos wichtige wirtschaftliche Reformen vorschlagen.

Als zukünftiger Arbeitsminister gilt Lebas, heute Bürgermeister der großen Industriestadt Roubaix. Als Verlagsdirektor des „Populaire“ ist er politisch sehr temperamentvoll: er ist der Chef des orthodoxen marxistischen Flügel der Partei.

Voraussichtlich wird das Kabinett Blum noch eine besondere Sensation aufweisen. Es ist möglich, ja wahrscheinlich, daß zum erstenmal eine Frau Mitglied des Kabinetts sein wird, und zwar Madame Germaine Ricard-Moch. Man wird ihr ein Spezialressort einräumen, und zwar das des Mutter- und Kinderschutzes. Frau Ricard-Moch ist seit fünfzehn Jahren Rechtsanwältin und tritt vor den Schranken des Gerichts als glühende Verteidigerin des Mutter- und Kinderschutzes ein. Seit Jahren ent-

wickelt sie ihre These von den dreifach sozialen Wurzeln der Kinderkriminalität, nämlich dem Elend, der Einnistung und den unregelmäßigen Familienverhältnissen.

Die Liste der Arbeiter, die voraussichtlich in wenigen Tagen Minister werden, ist nicht weniger interessant.

Da ist Salengro, der für das Innenministerium vorgeschlagen wird. Er war einfacher Minenarbeiter in Nordfrankreich, wurde dann Deputierter und ist heute Bürgermeister von Lille. Auch Bobouze wird genannt, der mit seinen 72 Jahren das älteste Mitglied der sozialistischen Fraktion ist und seit 1906 der Kammer angehört. Er ist Gärtner in der Gegend von Toulouse.

Ein besonders merkwürdiger Fall ist der von Henri Tasso, der das Ministerium der Handelsmarine übernehmen soll. Tasso ist nämlich in Neapel geboren als Sohn italienischer Eltern. Ganz jung kam er nach Marseille, um dort sein Glück zu versuchen, ohne ein Wort französisch sprechen zu können. Lange Zeit war er Hafenarbeiter, dann wurde er naturalisiert und trat in die sozialistische Partei ein. Allmählich arbeitete er sich empor und ist heute einer der bedeutendsten Köpfe der zweitgrößten Stadt Frankreichs: er wurde Stadtrat, Deputierter und ist seit dem letzten Jahr Bürgermeister von Marseille. Große Verdienste hat er sich um die Bekämpfung des Gangstertums erworben. Die Marseiller Gangster waren und sind die gefährlichsten von ganz Europa. Tasso hat erklärt, daß der Beinahme von Marseille, das „französische Chicago“, in wenigen Jahren nur noch eine schlechte Erinnerung sein werde. Seine Popularität in und um Marseille ist groß, und nicht mit Unrecht nennen ihn viele den „ungekrönten König von Marseille“.

Leon Blum hat sich auch an die französischen Gewerkschaften gewandt, damit diese Vertreter in die Regierung schickten. Die französischen Gewerkschaften sind selbständige Verbände, viel unabhängiger in ihren Entschlüssen gegenüber der Partei, als es etwa die ehemaligen deutschen Gewerkschaften waren. Da wäre zunächst der Gewerkschaftsführer Leon Jouhaux, der ein bewegtes politisches Leben hinter sich hat. Er begann als Arbeiter in einer Streichholzfabrik. Auch sein Kollege Julien Racamond, ehemals Gehilfe in einer Bäckerei, wird als Ministerkandidat genannt. Racamond war bis vor kurzem Kommunist und hat viele Jahre im Gefängnis zugebracht, wo man ihn in der Bäckerei beschäftigte.

Man sieht also, das neue Kabinett Leon Blum wird, obwohl die einzelnen Kandidaturen noch nicht feststehen, zweifellos sich stark von allen früheren Kabinetten Frankreichs unterscheiden. Statt Advokaten, Fachbeamte und Arbeiter, die innerhalb des französischen Sozialismus teils der gemäßigten, teils der ganz radikalen Richtung angehören.

Georges Mariel.

Streit für die 40-Stundenwoche in Paris

Paris, 26. Mai. In drei Pariser Fabriken sind die Arbeiter am Dienstag in den Streik getreten, den sie durchhalten wollen, bis die Verhandlungen über die Einführung der 40-Stundenwoche und eine Lohnerhöhung beendet sind.

Der Mann mit der „Heilhaut“.

In der medizinischen Klinik der Universität von Baltimore ist unlängst ein junger Arbeiter eingeliefert worden, der ein einzigartiges medizinisches Phänomen darstellt und heute die Sensation der amerikanischen Ärzteschaft ist. Er besitzt eine ganz ungewöhnliche „Heilhaut“. Wie sich bei Versuchen, die man an ihm vornahm, ergeben hat, überzieht sich bei ihm jede leichtere Hautwunde schon

im Verlauf einer Stunde völlig mit neuer Haut und ist bereits nach zwei Tagen so restlos verschwunden, daß man nicht mehr die geringste Narbe erkennen kann. Auch diese Fleischwunden schließen sich bei ihm bereits nach ganz kurzer Zeit ohne jede Narbenbildung völlig. Wie der junge Patient erzählt, liegt diese Eigenartlichkeit in seiner Familie. Auch bei seinen Geschwistern hat man von jung auf die gleiche Eigenschaft beobachten können.

Die beabsichtigte Verlängerung des Elektrizitätsvertrages durch die Bieliker Stadtverwaltung.

(Fr. S.) Die „Schlesische Zeitung“ bringt einen vier Spalten langen Artikel, welcher der Frage der Verlängerung des Elektrizitätsvertrages gewidmet ist.

In diesem Artikel werden alle „Für“ und „Wider“ besprochen. Der Verfasser des Artikels verwahrt sich dagegen, als wolle er „eine Lanze für die Vertragsverlängerung brechen“.

Offen gesagt, erweckt der Artikel den Eindruck, daß er inspiriert und daß er den Zweck verfolgt, eine gute Stimmung für die Vertragsverlängerung zu gewinnen. Dafür spricht die Gruppierung des Materials und die ausdrucksvolle Hervorhebung aller Vorteile, die der Stadt durch die Genehmigung der Vertragsverlängerung erwachsen würden.

Nicht zuletzt befähigt diese Annahme der Umstand, daß der Artikel mit einem Appell endet, in welchem nachdrücklich die Ermäßigung des Lichtpreises betont ist, ganz egal von welchem Besitzer sie gewährt werden sollte. Trotzdem wollen wir nicht den guten Glauben des Artikelverfassers in Zweifel stellen. Prüfen wir jedoch alle „Für“ und „Wider“ — objektiv, sachlich.

Wenn das Elektrizitätswerk in den Besitz der Stadt übergeht...

Selbstredend daß der Stadtverwaltung mit der Uebernahme des Elektrizitätswerkes neue, schwierige, komplizierte Aufgaben erwachsen würden.

Das ist unvermeidlich. Ein solches Werk erfordert nicht nur eine gediegene, technische und kaufmännische Leitung, sondern auch eine zweckmäßige Strompreispolitik.

Der Verfasser des obzitierten Artikels in der „Schl. Ztg.“ hat wohl recht, daß es keine geringe Aufgabe sein wird:

1. dem Elektrizitätswerk einen Abschlagsbetrag von etwa 3 000 000 Zloty zu entrichten;
2. diesen Betrag zu verzinsen und amortisieren.

Ebenso befürchtet der Artikelschreiber mit Recht, daß das Elektrizitätswerk, dessen Personalpolitik gegenwärtig nur in beschränktem Maße der Protektionswirtschaft ausgeht, später ganz vom Protektionssystem beherrscht sein würde.

Alle diese Befürchtungen sind nicht von der Hand zu weisen. Weiter. Allgemein wurde beobachtet, daß das Elektrizitätswerk schon jetzt mit den Investitionen spart, so daß nach der Uebernahme des Elektrizitätswerkes die Stadtverwaltung große Investitionen, die anschauliche Summen erfordern würden, durchführen müßte. Selbstredend würde dieser Umstand die Lage der Stadt, die ohnehin verschuldet war, letzten weiteren Darlehen aufnehmen, ein unausgeglichenes Budget hat, — noch erschweren.

Der Darlehensdienst der Stadt ist schon jetzt ein äußerst lästiger. Die Lasten würden sich natürlich Ende 1938 noch bedeutend steigern.

Diese Schwierigkeiten müßten unumwunden zugegeben werden.

Vorteile der Vertragsverlängerung.

Eine Vertragsverlängerung würde sowohl der Stadt wie auch den Stromabnehmern Vorteile sichern. Das unterliegt keinem Zweifel. Die Herren Egger und Ernst sind ja schon mehrfach an die Gemeinde mit der Offerte herantreten, die Vertragsdauer zu verlängern, wofür sie in verschiedenen Zeiten verschiedene Vorteile anbieten.

Nimmt die Hofen — laßt uns die Knöpfe.

Ich kann mich erinnern, daß als der städtische Elektrizitätsausschuß mit den Hauptaktionären des Elektrizitätswerkes vor etwa 10 Jahren die Verhandlungen über den Zukufsvertrag geführt hatte, eine Herabsetzung des verbuchten Investitionskapitals und des Strompreises wie auch andere Erleichterungen des Vertrages forderte, da klagte Herr Ernst bitter und sagte: „Nimmt die Hofen — laßt uns die Knöpfe“.

Man hätte mit diesen armen Hauptaktionären direkt mitweinen können. So weich wurde es einem ums Herz nach dieser bitteren Klage.

Jahre gingen ins Land. Dieselben Hauptaktionäre äußerten den Wunsch, das Vertragsverhältnis zu verlängern, wofür sie eine Preisermäßigung, ein unverzinsbares Darlehen und eine Entschädigungssumme anboten. Die Zahlen bewegten sich in Millionen.

Unwillkürlich mußte man sich an den Ausspruch des Herrn Ernst erinnern und sich sagen, daß das Geschäft mit der Stadt nicht so schlecht sein dürfte, wenn derselbe Herr Ernst eine Verlängerung dieses Geschäftes wünscht und dafür nicht geringzuschätzende Vorteile anbietet. Vermutlich sind dem Herrn Ernst und seinen Compagnions nicht nur die Knöpfe geblieben...

Was bieten sie jetzt an?

Gerüchtsweise erfahre ich, daß die jetzigen Elektrizitätsbesitzer der Stadt für eine 25jährige Vertragsverlängerung anbieten:

1. eine Herabsetzung des Strompreises auf 63 Groschen pro 1 kWh,
2. eine Kapitalsumme von 3 000 000 Zloty

Der Charakter dieser Kapitalsumme (nämlich ob Eschenschaft, unverzinsbares Darlehen, oder Beides ist uns derzeit unbekannt). Ebenso unbekannt sind uns die sonstigen Bestimmungen, die einer Abänderung unterzogen werden sollen.

Aber allein die schon bekannten Vorteile sind groß.

Die Sprache der angebotenen Vorteile!

Die Herren Egger und Ernst, ebenso wie ihre polnischen Firmaträger, sind gute Kaufleute. Sie pflegen ihre Gewinnkalkulation sehr genau durchzuführen. Wenn sie also zu solchen Opfern bereit sind, wie sie im vorigen Absatz geschildert wurden, dann kann ein jeder Laie überzeugt sein, daß die Gewinne des Elektrizitätswerkes im Laufe der 25 Jahre ganz gehörig groß sein werden. Die gediegenen Kaufleute haben zweifellos genauestens berechnet, daß die erzielten Gewinne ausreichen werden nicht nur zur Bestreitung der Verwaltungskosten, des Kapitalsdienstes, sondern auch zum Herauszwickeln des Dreimillionenbetrages, welcher in der oder jener Form der Stadt zur Verfügung gestellt wird.

Also? Achtung! Warnung!

Die Direktoren des Elektrizitätswerkes pflegen bei jeder Gelegenheit wieder und wieder darauf zurückzukommen, welche Kosten sie zu tragen haben, um das Werk technisch und kaufmännisch auf der richtigen Höhe zu erhalten. Das stimmt wohl auf. Aber gewiß lohnt es sich den Herren. Sonst würden sie dieses Geschäft über den Haufen werfen. Es lohnt sich umso mehr, da doch die Elektrizitätsgesellschaft den Strom von der Ueberlandzentrale in Czechowice bezieht und sie selbst der Hauptaktionär — eigentlich der Eigentümer — derselben ist und so ihren Gewinn beiderseits vergrößert.

Die Aktionäre des Elektrizitätswerkes sind also nicht Wohltäter der Stadt, sondern Nutznießer. Und wie wir uns reichlich während der Verhandlungen über den Zukufsvertrag in der Zeit von 1926 bis 1933 überzeugt haben — schamlose Nutznießer.

Sowohl die Gewinnmöglichkeiten, die sich der Stadt eröffnen, wenn sie das Werk übernimmt, wie das Verhältnis des Elektrizitätswerkes zur Stadt und Konsumenten, das alles andere als korrekt bezeichnet werden kann, mahnen und warnen vor vorzeitigen Entschlüssen.

Nochmals die Frage der Schwierigkeiten.

Wer mit der Materie bewandert ist, gibt sich Rechenschaft davon ab, welche immense Aufgaben der Stadt erwachsen würden, wenn sie das Werk übernimmt.

Die technische und kaufmännische Verwaltung bilden nicht das Kernproblem. Denn schließlich bei guter Entlohnung wird die Stadt gebildete Techniker und Kaufleute anstellen können.

Die Kernfrage bildet die finanzielle Frage. Zunächst werden Millionen notwendig sein, um die Ablöse zu bezahlen. Nachher werden Hunderttausende erforderlich sein, besonders im ersten Jahre nach Uebernahme des Werkes, um die laufenden und rückständigen Investitionen durchzuführen.

Keine dieser Schwierigkeiten darf unterschätzt werden. Aber keine ist unüberwindlich.

Die Stadt als Besitzer des Elektrizitätswerkes wird jene Finanzinstitute finden, die ihr das sachlich notwendige Geld borgen werden.

Bei sachkundiger Leitung des Werkes bietet die Stadt den Geldgebern zumindest jene Garantie und Sicherheit, die heute die Hauptaktionäre des Elektrizitätswerkes bieten.

Zusammenfassend: Die Stadt kann all diese Schwierigkeiten überwinden, die Besitzerin des Elektrizitätswerkes werden, alle Vorteile des Elektrizitätswerkes der Stadt und Stromkonsumenten dienstbar machen, wobei der oberste Grundsatz der Kommunalpolitik: gemeinnützige Unternehmen zu kommunalisieren, verwirklicht wäre.

Ein Drittes — gibt's nicht?

In den bisherigen Betrachtungen sind nur zwei Eventualitäten erwogen worden: entweder Stadtbefiz oder die bisherigen Aktienbesitzer.

Gibt es nicht eine dritte Lösung?

Als ehemaliges Mitglied des Elektrizitätsausschusses muß ich der Deffentlichkeit kund geben, daß wir seinerzeit eine dritte Eventualität sehr genau erwogen haben.

Wir haben bei Ueberprüfung der Buchführung im Elektrizitätswerk Dinge festgestellt, die eine tiefe Abneigung zu den damaligen Geschäftsinhabern erzeugte. Wir sagten uns, mit diesen Leuten wollen wir nicht einen Tag länger als bis Ende 1938 vertraglich gebunden sein.

Noch mehr. Wir haben gründlich erörtert, ob nicht eine Grundlage zur sofortigen Lösung des Vertragsverhältnisses vorhanden ist. Und als einmal diese Möglichkeit ins Auge gefaßt wurde, — heute kann man es schon ruhig öffentlich sagen — da schauten wir uns um den Finanzgeber um. Es kann dies genau so eine Bank wie ein Elektrizitätswerk sein.

Wir haben in nächster Nähe — ebenso im Westen

wie im Osten — mehrere Institute, die ein sehr reges Interesse für unser Vertragsverhältnis mit dem Elektrizitätswerk bekunden und große Lust hatten — vermuthlich noch haben — mit der Stadt in ein Vertragsverhältnis zu treten.

Wir verraten nichts, wenn wir sagen, daß auch diese Institute zu „Opfern“ bereit sind. Vielleicht würden der Stadt mehr bieten. Wir meinen nicht durchs materielle Vorteile allein. Viel wichtiger ist noch die Moral des Vertragspartners...

Indem wir diese Lösung erörtern, wollen wir gar nicht auf den Grundsatz: gemeinnützige Unternehmen kommunalisieren — verzichten. Wir erwähnen nur diese dritte Lösungsform, denn wir befürchten, daß schon eine einseitige Einstellung zu diesem Problem Platz greifen hat.

Davor müssen wir eindringlich warnen.

RAIERSEIFE MARKE IN WÜRFELN UND RUNDEN STANGEN

ETA VON FACHLEUTEN BEVORZUGT

Okkupationsstreik bei der Firma Deutsch.

Wie wir in einer der letzten Ausgaben berichteten kam es in der Firma „Wenko“ der Gebr. Deutsch in Bielitz zwischen den Arbeitern und der Firmenleitung zu Differenzen. Die Arbeiter einiger Abteilungen sollten wegen Arbeitsmangel entlassen werden, die Arbeiter weigerten sich aber diese Maßregel nicht gefallen lassen, haben die Fabrikale okkupiert und gehen aus dem Betrieb nicht hinaus. Gegenwärtig steht der ganze Betrieb still.

Der Streik bei der Firma Gröger beendet.

Nach langwierigen Verhandlungen im Arbeitsinspektorat ist der Okkupationsstreik in der Steinmetzfabrik der H. Gröger in Bielitz, welcher am 13. Mai d. J. ausgebrochen war, nunmehr mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Die Arbeiter erhielten eine Lohnaufbesserung in der Höhe von 6 bis 10 Prozent. Bei dieser Aktion hat sich wieder erwiesen, daß es keinen Unterschied zwischen einem jüdischen und christlichen Unternehmer gibt, denn diese Firma hat sich während der ganzen Streikdauer sehr herausfordernd den Arbeitern gegenüber benommen. Man hat den Arbeitern sogar das Trinkwasser nicht vergönnen wollen und sperrte die Wasserleitung ab. Auf Intervention des Arbeitsinspektors hat sich die christlichsoziale Firma jedoch genötigt, den Arbeitern Trinkwasser in einem Eimer zu liefern.

Wenn auch der Erfolg, den die Arbeiter erzielt haben, nicht der ist, den sie sich erhofft haben, so haben die Arbeiter erklärt, daß sie in der Gewerkschaft ausbarren werden, um bei gegebener Zeit mit neuen Forderungen an die Firma heranzutreten.

Die städtischen Saisonarbeiter von Bielitz-Biala im Kampfe um einen besseren Lohn.

Da die Verdienste der städtischen Saisonarbeiter von Bielitz sehr niedrig sind, sprach vorige Woche eine Delegation dieser Arbeiter beim Bürgermeister Dr. Przybyla vor und forderten entsprechende Bezahlung ihrer Arbeit. Dr. Przybyla versprach den Arbeitern, ihre Wünsche dahin zu regeln, daß er die Löhne von 3 Zloty auf 3.20 Zloty täglich erhöhen werde. Nachdem jedoch die Arbeiter sich mit einer derart niedrigen Lohnhöhe nicht abfinden können, beriefen sie für Montag dieser Woche eine Versammlung der Saisonarbeiter von Bielitz und Biala ein, in der die Forderungen der Arbeiter besprochen und dann den Magistraten von Bielitz und Biala vorgelegt wurden.

Wir wollen hoffen, daß die Bürgermeister von Bielitz und Biala die berechtigten Forderungen der Arbeiter anerkennen und es nicht zulassen werden, daß die Arbeiter genötigt sein müßten, durch einen eventuellen Streik ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Achtung, Bezirksvorstandsmitglieder der DEMA.

Donnerstag, den 28. Mai 1936, findet um 5.30 Uhr abends im Bielitzer Arbeiterheim eine Sitzung des Bezirksvorstandes statt. Sämtliche Mitglieder des Bezirksvorstandes werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Achtung, Naturfreunde!

Pfingsttour. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ veranstaltet in den Pfingstfeiertagen eine zweitägige Bergwanderung auf den Pilsko, zu welcher die Mitglieder des Vereins freundlichst eingeladen werden.

Am Samstag, dem 30. Juni l. J., treffen sich alle Teilnehmer um 1.45 Uhr nachmittags am Bielitzer Bahnhof, um mit dem Zuge 2.14 Uhr nach Jeleznia abzufahren. Von dort beginnt der Aufstieg auf den Pilsko, über die Lipowka nach Zwardon und Retourfahrt nach Bielitz. Tourdauer 2 1/2 Tage. Bahnspesen Zloty 3.30 tour und retour. Proviant und Ausrüstung für diese Zeit mitzunehmen. Gäste sind gerne willkommen. Tourenführer H. Datner.

